



Für die Arbeitsplätze der Tübinger Müllwerker packten Betroffene und Gewerkschafterinnen (rechts vorne Gerlinde Strasdeit) am Mittwoch ihre Spruchbänder und Plakate vor dem Sitzungssaal im Tübinger Landratsamt aus. Auf dem Foto links vorne: Leiter Udo Midinet von der Tübinger Müllabfuhr. Bild: Sommer

# Votum für Tübinger Lösung

Kreistags-Mehrheit entschied sich für städtische Müllabfuhr und Vergabe im Kreis

**Die 19 Beschäftigten der Tübinger Müllabfuhr können aufatmen: Ihre Arbeitsplätze bei der Stadt sind gesichert. Die Kreistags-Mehrheit entschied sich am Mittwoch für den Kompromiss, den die Stadt- und Kreisverwaltung ausgehandelt hatte.**

CHRISTIANE HOYER

**Kreis Tübingen.** Etliche Gewerkschafter/innen vom DGB-Arbeitskreis und V er.di hatten mit Spruchbändern und Flugblättern vor der Sitzung für eine „kommunale und soziale Müllabfuhr“ und die Bezahlung nach Tarif demonstriert. „Stinkende Arbeit braucht hohe Löhne“, stand auf einem Plakat. Auch der für die Tübinger Müllabfuhr zuständige Leiter Udo Midinet kam als Zuhörer und machte deutlich: „Es geht um Sein oder Nichtsein.“

Das Gremium entschied sich bei nur einer Enthaltung von FDP-Rat Dietmar Schöning dafür, dass Tübingen weiterhin den Müll mit seinen 19 Beschäftigten im Stadtgebiet einsammelt. Gleichzeitig wird die Müllabfuhr im restlichen Kreisgebiet ab dem Jahr 2013 neu ausgeschrieben. Eine Mehrheit – ohne die Stimmen der FWV – fand sich auch für den Kompromissvorschlag: Die Stadt Tübingen erhält vom Landkreis zum Ausgleich ihrer höheren Personalkosten nach dem Tarif TVöD gegenüber dem günstigeren BDE-Tarif für Beschäftigte in Privat-

unternehmen die Hälfte der Kosten von rund 75 000 Euro im Jahr.

Landrat Joachim Walter bekam von Gewerkschafterin und Kreisrätin Angela Hauser (Linke) die letzten 200 der 1000 Postkarten von der Verdi-Aktion gegen die Privatisierung der Tübinger Müllabfuhr überreicht: „So viel Post haben Sie wohl noch nie bekommen“. Walter machte in seinem Eingangsstatement deutlich, das er „keine Spaltung der Müllabfuhr im Landkreis“ wolle. Mit Tübingen habe es auch bislang schon „Synergien“ gegeben, weil die städtischen Müllfahrer beim Winterdienst mit im Einsatz sind. Der Interessensausgleich zwischen Stadt und Kreis wegen höherer Tarife sei außerdem „rechtlich zulässig“, was die absehbare Gebührenerhöhung betreffe.

Mit Appellen in die Zange genommen wurden die Freien Wähler vor allem von der SPD. FWV-Sprecher Manfred Hofelich lehnte die ausgehandelten Fixkosten von 75 000 Euro pro Jahr an die Stadt Tübingen mit der Begründung ab: „Tarife sollten nicht mit irgendwelchen Ausgleichszahlungen verwässert werden.“ Der Kreis komme ja der Stadt Tübingen ohnehin schon entgegen, indem er von seinem Grundsatz der generellen Ausschreibung abweiche.

Robert Hahn (SPD) forderte die FWV-Räte dagegen auf: „Geben Sie sich einen Ruck! Heute braucht Tü-

bingen ihre Unterstützung!“ Es werde auch Zeiten geben, da andere Städte und Gemeinden Hilfe bräuchten. Hahn forderte wie die Grünen: Bei der kreisweiten Ausschreibung der Müllabfuhr in diesem Herbst sollten „wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und Lohndumping vermeiden. Wir wollen eine faire Ausschreibung und menschenwürdige Arbeitsplätze“, sagte Hahn. Sabine Schlager begründete für die Grünen-Fraktion das eindeutige Votum für den Kompromiss.

„Ohne Not privatisiert man keinen gut funktionierenden kommunalen Betrieb“, sagte sie. Die von den Linken und auch von SPD und Grünen in Erwägung gezogene Variante, dass der Landkreis wie im Nachbarkreis Böblingen die Müllabfuhr komplett in Eigenregie übernimmt, schloss sie vorerst aus Kostengründen aus: „Wir haben eine Verantwortung für sozial verträgliche Müllgebühren“.

Gegen den Strom schwamm am Mittwoch Dietmar Schöning (FDP). Der Kreis- und Stadtrat hielt es für falsch, dass die Stadt Tübingen nicht wieder die gesamte Müllabfuhr mit eigenen Behältern, eigener Satzung und Verwaltung übernimmt und kritisierte den ausgehandelten Ausgleichsbetrag als „willkürlich“. Landrat Walter machte dagegen deutlich, dass sich die Berechnung an der freien Ausschreibung orientiere.

Gegen die „Vielstaaterei“ gesonderter Müllabfuhr in Stadt und Kreis argumentierte Eugen Hörschele (CDU). Die vorgeschlagene Lösung sei um rund 200 000 Euro günstiger als bisher. Und: „Es gibt dort Grenzen, wo bestehende Arbeitsplätze wegrationalisiert werden müssten.“ Die von Hörschele eingeforderte „Einheitlichkeit“ der Kreistagsfraktionen und Robert Hahns Appell reizten Gomaringsens Bürgermeister Manfred Schmiderer zum Widerspruch: „Wir sind durchaus solidarisch mit Tübingen.“ Im übrigen sei auch die FWV im allgemeinen für Tariflöhne.

Angela Hauser (Linke) machte deutlich, dass man für die Müllwerker in privaten Unternehmen „keine Lohnverschlechterung“ wolle – das müsse der Kreis bei einem Nettogehalt von 800 Euro wieder über ergänzende Sozialleistungen aufstocken. Nach ihren Informationen bezahlt das Unternehmen Alba, das im Zollern-Alb-Kreis den Zuschlag für die Müllentsorgung bekam, nur 8,02 Euro pro Stunde. Die Firma Bogenschütz, die im Kreis Tübingen Müll einsammelt, bezahlt dagegen nach dem BDE-Tarif zwischen 11 bis 13 Euro pro Stunde. Gerade eine öffentliche Müllabfuhr, so der Landrat, könne es sich „nicht leisten, mit unmotivierten und schlecht bezahlten Beschäftigten zu arbeiten“, die in einer „ordentlichen Zeit“ den Müll abholen müssen. Für die kreisweite Ausschreibung will sich die Behörde mit Hilfe von Fachanwältinnen bis zum Herbst schlau machen.

siehe ÜBRIGENS